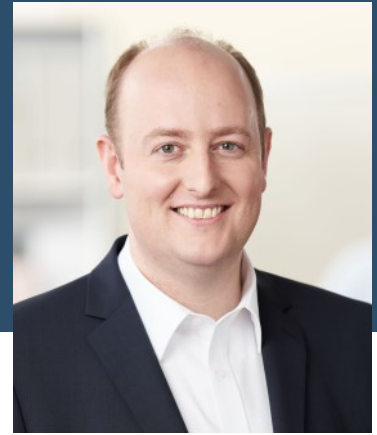


Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 9/20

19.06.2020



Am Mittwoch hat Matthias Hauer MdB zu finanziellem Verbraucherschutz im Plenum des Deutschen Bundestages gesprochen (siehe auch S. 2). © Deutscher Bundestag

Corona-Krise: Europa stärker machen

Europa muss angesichts der Corona-Pandemie mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. Das hat Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung am Donnerstag im Deutschen Bundestag gefordert. Am 1. Juli übernimmt Deutschland für sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union. Merkel nannte die Corona-Pandemie die „größte Herausforderung in der Geschichte Europas“. Wie sie bewältigt werde, entscheide über den Wohlstand der Bürger und über Europas Rolle in der Welt. Deshalb sei es auch für die Bundesregierung eine immense Herausforderung, mitten in der Pandemie die EU-Ratspräsidentschaft zu übernehmen. Man müsse die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Krise bewältigen, man müsse Europa aber auch widerstandsfähiger und zukunftsfähiger machen. Das gelte nicht minder für zwei weitere große Umbrüche: den Klimawandel und die Digitalisierung. „Die Welt braucht außerdem gerade in dieser Zeit Europas starke Stimme für den Schutz der Menschenwürde, der Demokratie und der Freiheit“, bekräftigte die Bundeskanzlerin.

Weitere Finanzspritze – auch für Kommunen wie Essen

Auch in dieser Woche hat der Deutsche Bundestag eine ganze Reihe an Maßnahmen beraten, mit denen die Folgen der Corona-Krise abgedeckt werden sollen. So soll u.a. die Mehrwertsteuer von 19 auf 16 Prozent und von sieben auf fünf Prozent gesenkt werden – befristet vom 1. Juli bis 31. Dezember 2020. Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft Familien: Sie sollen einen Kinderbonus für jedes kindergeldberechtigende Kind in Höhe von 300 Euro erhalten. Das Geld soll in zwei Raten im September und Oktober gemeinsam mit dem Kindergeld ausbezahlt werden. Zum Konjunkturpaket gehören auch weitreichende Erleichterungen für Kommunen wie Essen (mehr dazu lesen Sie auf S. 3). Um die Ausgaben zu finanzieren, hat der Deutsche Bundestag ebenfalls in erster Lesung einen zweiten Nachtragshaushalt debattiert: Für die Maßnahmen müssen neue Kredite in Höhe von 118,7 Milliarden Euro aufgenommen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Essenerinnen und Essener!

Senkung der Mehrwertsteuer, Kinderbonus, Investitionen in Zukunftstechnologien, Hilfen für Kommunen und vieles mehr – das waren die wesentlichen Themen der zurückliegenden Sitzungswoche. Mehr dazu erfahren Sie links sowie die konkreten Auswirkungen für Essen auf Seite 3.

In dieser Woche habe ich mich zur Änderung von Artikel 3 des Grundgesetzes geäußert, die neue Corona Warn-App wurde bereits millionenfach heruntergeladen und im Deutschen Bundestag habe ich zu den Themen Pfändungsschutzkonto und Basiskonto gesprochen. Details dazu lesen Sie auf Seite 2.

Besonders geärgert habe ich mich in dieser Woche über eine Kolumne in der taz. Unter dem Titel „Abschaffung der Polizei: All cops are berufsunfähig“ wurde dort ein Text veröffentlicht, der pauschal Polizistinnen und Polizisten scharf angreift und deutlich in ihrer Menschenwürde verletzt. Ich habe dies öffentlich klar kritisiert sowie zudem Beschwerde beim Deutschen Presserat erhoben, um Verstöße gegen den Pressekodex zu rügen.

Bei Fragen nehmen Sie gerne Kontakt zu mir auf (siehe Seite 4) - ab kommender Woche zum Beispiel auch über Instagram Live (siehe Seite 3).

Ihr

Matthias Hauer MdB





Schon heruntergeladen: Der Bundestagsabgeordnete und Digitalpolitiker Matthias Hauer hat die neue Corona-Warn-App direkt am ersten Tag auf seinem Mobiltelefon installiert und wirbt für deren Nutzung.

Corona-Warn-App geht an den Start

Seit Anfang der Woche steht die im Auftrag der Bundesregierung von SAP und der Deutschen Telekom entwickelte Corona-Warn-App zum Download bereit. Mit der freiwilligen App sollen Infektionsketten in Deutschland eingedämmt werden. Sie informiert Personen, wenn sie mit einer infizierten Person in Kontakt standen. Mithilfe von Bluetooth misst die Corona-Warn-App den Abstand zwischen den Handys von zwei Personen. Die Signalstärke zeigt dabei an, wie weit die Geräte voneinander entfernt sind. Die Mobilgeräte merken sich – anhand vom Robert-Koch-Institut (RKI) festgelegter Kriterien von Nähe und Zeit – die Kontakte in verschlüsselter Form. Werden App-Nutzer positiv auf das Corona-Virus getestet, können sie auf freiwilliger Basis ihre Kontakte durch die App informieren lassen. Weder der Infizierte erfährt dabei, welche seiner Kontakte informiert wurden, noch erfahren die Kontaktierten, wer der Infizierte ist. Die anonymisierten Daten der Kontakte werden dezentral auf dem jeweiligen Smartphone gespeichert. Die App erfüllt strenge Vorgaben beim Datenschutz und bei der Datensicherheit. Nur wenn sich möglichst viele Menschen für die Nutzung der App entscheiden, kann sich die volle Wirkung der App entfalten.

Finanzpolitik

Konten: Verbraucher schützen

Am Mittwoch hat Matthias Hauer MdB im Plenum zum Verbraucherschutz bei Bankkonten gesprochen. Konkret ging es um einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Pfändungsschutzkonto (P-Konto) und einen Antrag zum Basiskonto. Vor knapp zehn Jahren wurde das P-Konto eingeführt. „Dieses Girokonto sorgt dafür, dass verschuldeten Menschen das Existenzminimum zur Verfügung steht. Sie werden in dieser Höhe vor Kontopfändungen geschützt“, sagte Matthias Hauer in seiner Rede. „Es hat sich bewährt.“ Nun sollen beispielsweise die Pfändungsfreigrenzen künftig jährlich (statt alle zwei Jahre) angepasst, Ansparmöglichkeiten verbessert und der Schutz auf Gemeinschaftskonten ausgedehnt werden. Zum grünen Antrag bekräftigte Matthias Hauer, dass die Basiskonten bezahlbar bleiben müssen. Er kritisierte das Bundesfinanzministerium, dass noch immer keine zertifizierte Vergleichswebsite existiert. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen durch sie entgeltfrei, objektiv und unabhängig Bankgebühren vergleichen können. Mit dem Zahlungskontengesetz wurde dafür die rechtliche Grundlage geschaffen. „Tragen Sie dazu bei, dass Kostentransparenz möglich wird! Hier ist mehr Initiative aus dem BMF erforderlich“, so Matthias Hauer.



Der Begriff „Rasse“ sollte in Artikel 3 des Grundgesetzes ersetzt werden – sagt der Essener Bundestagsabgeordnete und Jurist Matthias Hauer.

Begriff „Rasse“ in Verfassung ersetzen

Soll der Begriff „Rasse“ im Grundgesetz gestrichen oder ersetzt werden? Politiker aller Parteien diskutieren, ob eine Änderung von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes nötig ist. Dort heißt es u.a.: „Niemand darf wegen... seiner Rasse... benachteiligt oder bevorzugt werden.“ „Der Begriff ‚Rasse‘ sollte im Grundgesetz ersetzt werden“, sagt Matthias Hauer MdB. „Das Merkmal wurde als Reaktion auf den Rassenwahn der Nationalsozialisten aufgenommen. Heute würde ein Verfassungsgeber nicht mehr so formulieren. Wir sollten eine Lösung suchen, die den Schutz vor Diskriminierung aufrechterhält, völkerrechtlich klar ist und dennoch das Merkmal ‚Rasse‘ in unserer Verfassung ersetzt.“ Das Bundesinnenministerium will nun einen Bericht über die verfassungsrechtliche Beurteilung und die Motivation, wie es dazu kam, dass dieser Artikel so im Grundgesetz steht, als gemeinsame Diskussionsgrundlage vorlegen.

Essen

Im Gespräch

Bürgersprechstunde per Video

Wie erfolgversprechend sind die Maßnahmen des Aufbruchspakets, um die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abzufedern? Wie wirkt sich die kommunale Entlastung auf die Finanzen der Stadt Essen aus? Gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern hat Matthias Hauer MdB bundespolitische und kommunale Fragen am 16. Juni in einer digitalen Bürgersprechstunde diskutiert. „Auch in Zeiten, in denen es aus Gründen des Infektionsrisikos kaum möglich ist, persönliche Gespräche zu führen, ist mir der regelmäßige Austausch mit den Essenerinnen und Essener wichtig“, betont Matthias Hauer. In der virtuellen Sprechstunde sind auch weitere Themen wie die Strafrechtsverschärfung bei Kinderpornografie, die mögliche Änderung des Grundgesetzes beim Rasse-Begriff, der Breiten- und Spitzensport in Essen, das politische Engagement junger Menschen und die Legalisierung von Cannabis diskutiert worden. Auch in der kommenden Woche stellt sich der Politiker Fragen auf digitalem Wege. Am Dienstag ab 18.30 Uhr und am Mittwoch ab 19 Uhr wird er jeweils bei einem Instagram-Live zu Gast sein: einmal beim „After Work Talk“ einer Unternehmerin aus dem Ruhrgebiet und einmal bei der CDU Hagen.



Seit Beginn seiner Arbeit als Bundestagsabgeordneter setzt sich Matthias Hauer für finanzschwache Städte im Ruhrgebiet ein – wie zum Beispiel hier bei seiner ersten Rede im Parlament. © Deutscher Bundestag

Konjunkturpaket: Millionen vom Bund für Essen

Noch in diesem Jahr wird der Bund die Stadt Essen mit 113 Millionen Euro als Kompensation für Gewerbesteuerausfälle unterstützen. Dauerhaft entlastet wird die Kommune künftig mit jährlich etwa 60 Millionen Euro aus der weiteren Übernahme der Kosten der Unterkunft durch den Bund und mehr Geld für städtische Investitionen. Das hat der Koalitionsausschuss Anfang Juni beschlossen. „Dieses Ergebnis ist eine sehr gute Nachricht für Essen und andere finanzschwache Städte im Ruhrgebiet, die jetzt noch unter sehr hohen Sozialausgaben leiden,“ betont Matthias Hauer. Der Finanzpolitiker hatte sich über Jahre hinweg in Berlin für eine solche Entlastung eingesetzt. Die beschlossene Unterstützung ist vor allem auf den Einsatz der Unionsfraktion zurückzuführen: „Wir haben uns dafür stark gemacht, den Kommunen nicht nur durch eine einmalige Finanzspritze zu helfen, sondern dauerhaft und strukturell“, sagt Hauer. Zudem garantiert die Übernahme der Corona-bedingten Ausfälle bei der Gewerbesteuer in Höhe von 11,8 Milliarden Euro, dass diese Ausfälle nicht zu neuen Kassenkrediten führen. Hinzu kommen milliardenschwere Investitionen u.a. in Kinderbetreuung, digitale Infrastruktur und den öffentlichen Gesundheitsdienst.

Nahversorgung in Holsterhausen

Lebensmittel-Versorgung in Corona-Zeiten: Gemeinsam mit den örtlichen Ratsherren Jörg Uhlenbruch (l.) und Andreas Kalipke (2.v.l.) hat Matthias Hauer MdB am 4. Juni den 1.800 Quadratmeter großen Markt „EDEKA Daniels“ in Holsterhausen besucht. Der Markt wurde im vergangenen Jahr in den Cranachhöfen eröffnet. Mit dem Betreiber, Marc Daniels, tauschten sich die CDU-Politiker über die aktuellen Herausforderungen im Lebensmittel-Einzelhandel, die Nahversorgung in Holsterhausen, die Umsetzung von Hygiene- und Abstandskonzepten sowie die Entwicklung der Cranachhöfe aus. „Vielen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Lebensmittelbranche – sie haben in den vergangenen Wochen und Monaten außerordentliches geleistet, um die Nahversorgung auch in schweren Zeiten sicherzustellen“, betont Matthias Hauer.



Gemeinsam mit den beiden CDU-Ratsherren aus Holsterhausen hat sich Matthias Hauer mit Marktbetreiber Marc Daniels (2.v.r.) ausgetauscht.

Kontakt



Büro Berlin

Deutscher Bundestag
Matthias Hauer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169

Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin (v.l.): Katrin Arnholz,
Cornelius Gerster, Dirk Alexander Stahns,
Alexandra Zins und Savina Lobina (bis April 2020)



Büro Essen

Matthias Hauer MdB
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100

Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen (v.l.): Carolin Adamek
(bis April 2020), Felix Paul und Britta Kremer

E-Mail: matthias.hauer@bundestag.de

Facebook: facebook.com/matthiashauer.cdu

Instagram: instagram.com/matthias.hauer.mdb

Twitter: twitter.com/MatthiasHauer

Internet: matthias-hauer.de

